

Bezugpreis:
Monatlich 1,20 Mk., monatlich 2,40 Mk.
Einzelne Nummern 10 Pfennig.
Vollbezug monatlich 2,40 Mk.
Erg. Lieferungsgebühr:
Amer. Versandband für Deutschland u. Österreich-Ungarn 1,75 Mk.
für das übrige Ausland 2,75 Mk.
bei täglich einmaligen Zustellung 1,75 Mk.
Vollbezüge nehmen an:
Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Eingetragen in der
Bolschewik-Veröffentlichung.
Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich
sonntags ausgenommen.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Nonpareille
Zeile 1,20 Mk.
„kleine Anzeigen“,
das heißt:
einmalige
3 spaltige
Zeile,
oder
weitere
Zeile 20 Pf.
Stellungnahme
und
Schlussfolgerungen
das erste
Mal
40 Pf.
jedoch
weitere
Mal 30 Pf.
Zeile
über
10
Zeilen
abwärts:
für
jede
Zeile
Leistungsgeld
50%.
Familien-Konten,
politische
und
gewerkschaftliche
Bezüge
-
einmalig
1,20 Mk.
die
Zeile.
Anzeigen
für
die
nächste
Nummer
müssen
bis
5
Uhr
nachmittags
im
Vormittags
Berlin
25.
18.
Viertelstr.
2.
abgegeben
werden.
Schließen
von
8
Uhr
abends
bis
8
Uhr
abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Ami Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 5. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Ami Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Dem Vorfrieden zu.

Wachsende Klärung.

Paris, 5. April. (Havas.) Diplomatischer Situationsbericht. In den Kreisen der Friedenskonferenz verstärkt sich die Ansicht mehr und mehr, daß der Rat der Vier binnen kurzem positive Beschlüsse fassen wird. Es ist in der Tat bemerkenswert, daß Wilson hofft, sich ungefähr am 20. April nach den Vereinigten Staaten einschiffen zu können. Man bringt diese Nachricht mit der letzten Erklärung Richons in Verbindung, der versichert, daß der Vorfrieden, sofern nicht Unvorhergesehenes eintritt, vor Ostern fertig sein werde. Andererseits beweist die Tatsache, daß eine Kommission von drei Mitgliedern den Auftrag erhalten hat, die Ausarbeitung des zukünftigen Status des Saarbeckens in Angriff zu nehmen, daß eine Einigkeit über die Frage der französisch-deutschen Grenze zustande gekommen ist. Andere Gebietsprobleme sind ebenfalls bereits in Besprechung.

Nur über die italienisch-südslawische Zwistigkeit bezüglich des Besitzes der adriatischen Küste wird noch verhandelt, aber eine Entscheidung wird nicht lange auf sich warten lassen.

Es bleibt also nur die wichtige Frage der Entschädigungen zu lösen. Die Besprechung hat eine Meinungsvielfachheit der verschiedenen Delegationen zutage treten lassen, aber Frankreich, dessen Gebiet verarmt und dessen Industrie zerstört ist, hält sich auf sein gutes Recht fest, unumkehrbar daran fest, von Deutschland eine Wiedergutmachung der Schäden zu erlangen, soweit es dessen materielle Verhältnisse gestatten; denn ohne eine solche Wiedergutmachung würde es Frankreich unmöglich sein, sich allmählich wieder zu erholen. Die Kraft dieser Beweismittel überwiegt, und die Meinungsverschiedenheiten vermindern sich gegenwärtig und man darf hoffen, daß die finanziellen Sachverständigen die Möglichkeit für eine allgemein annehmbare Lösung finden werden. In diesem Tage wird der Vorfrieden nicht mehr fern sein.

Amsterdam, 6. April. Dem „Algemeen Handelsblad“ wird aus Paris gemeldet, daß die gegen den Rat der Vier gerichteten Kritiken immer schärfer werden, weil der von der gesamten Welt sehnlichst erwartete Frieden noch immer der Verwirklichung harre. Von allen Seiten wird der Rat der Vier angegriffen. Man kritisiert seine Arbeitsmethode, die darin besteht, daß der Rat die Fragen anspricht, ihre Bearbeitung jedoch, sobald er steht, daß keine Übereinstimmung besteht, nicht durchführt und sich dann neuen Fragen zuwendet.

Revolution in der serbischen Armee.

Budapest, 5. April. (Havas.) Das ungarische Kommando erklärt auf verlässlicher Quelle, daß in Banská unter den serbischen Soldaten die Revolution ausgebrochen sei. In der Stadt wurden Plakate angeschlagen, welche die serbische Republik proklamieren. Die Plakate schließen mit den Worten: Lob dem Königsergeißel!

Bulgariens Neigung zum Bolschewismus.

Genf, 4. April. (Nachung der Telegraphen-Kompagnie.) Nach einer Information des ukrainischen Pressbüros beginnt sich die Lage in Sofia höchst beunruhigend zu gestalten. Trotz aller offiziellen Denials macht Bulgarien Miene, dem ungarischen Beispiel zu folgen. In Sofia sollen bereits Vertreter der Sowjetregierung eingetroffen sein, um mit den Führern der bulgarischen Sozialisten und der Bauernpartei über die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion von Rußland und Bulgarien zu verhandeln.

General Smuts in Budapest.

Verhandlungen der Entente mit Ungarn.

Budapest, 5. April. „Erdő Ujság“ meldet: General Smuts ist mit Sonderzug heute früh in Budapest eingetroffen und bereits im Laufe des Vormittags mit der Regierung in Verbindung getreten.

Es scheint, daß die englische Regierung im Auftrage der Entente auf gutlichem Wege mit Ungarn einen Ausgleich verliucht.

Budapest, 6. April. Das hauptstädtische Kommissariat verfügte nach einer Blättermeldung, daß von heute an in sämtlichen Schulen und Kurzen der Hauptstadt der Unterricht unregelmäßig ist.

Arbeitszwang in Ungarn.

Budapest, 6. April. Ungarisches Teleg. Korrespondenz-Bureau. Eine Regierungsverordnung verleiht: Die Bergwerksarbeiter dürfen ihre Arbeitsstellen nicht verlassen und dürfen

nicht in die rote Armee eintreten. Urlaub darf den Bergwerksarbeitern nur zur Verrichtung von landwirtschaftlichen Arbeiten oder in besonders zu berücksichtigenden Fällen durch den Betrieb kontrollierenden Arbeiterrat bzw. durch den Produktionskommissar erteilt werden. Zuwiderhandlungen werden vor das revolutionäre Tribunal gestellt.

Beseitigung der staatlichen Zurücksetzung der Frau in England.

London, 4. April. (Reuters.) Das Unterhaus hat die von der Arbeiterpartei eingebrachte Vorlage, die für die Beseitigung der für Frauen geltenden Zurücksetzungen eintritt, in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Die Vorlage hebt den Ausschluß der Frauen von den staatlichen und richterlichen Ämtern auf und erkennt ihnen dieselben Rechte unter gleichen Bedingungen wie den Männern zu.

Besuch Deutschlands durch englische Parlamentarier.

Amsterdam, 4. April. Nach einer Central News-Vernehmung berichtet die englische Regierung den Besuch einer Anzahl von Parlamentariermitgliedern in Deutschland vor, damit sie die dortigen Verhältnisse kennenlerne.

Vor der Ausrufung der Räterepublik in Bayern?

München, 6. April. In einer gestern vom Zentralrat einberufenen Versammlung im Löwenbräu-Keller erklärte Dr. Badler, der Aufgabe der nächsten Tage und Stunden heiße: Beseitigung der Parteien, Einigkeit des gesamten Proletariats, Generalstreik, Ausrufung der Räterepublik und Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat. Diese Anknüpfung wurde von der Mehrheit für mich begrüßt. Der Vorsitzende des Zentralrats Rietsch betonte, daß das nordbayerische Proletariat den Bestrebungen des nordbayerischen Kapitalismus einen Stich durch die Rechnung machen werde. Die Ausrufung der bayerischen Räterepublik werde in ganz Deutschland vorbildlich wirken und den Ausbruch der Weltrevolution zur Folge haben. Der Zentralrat hat für heute vormittag die sämtlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenauschüsse sowie die Betriebsräte und Delegierten aller Verbände zu einer großen Versammlung im Hofbräuhaus aufgerufen, in der die politische Lage erörtert werden soll.

Sprengung des Hallenser Arbeiterrats.

Ein Streich der Unabhängigen.

Dalle, 5. April. Der große Arbeiterrat in Halle wurde gestern durch die Unabhängigen gezwungen und durch ein Schreiben des Rerfelder Arbeiterrats für aufgelöst erklärt, da angeblich die geheime Wahl bei der Arbeiterratswahl nicht gewahrt worden sei. Die Mehrheit des Arbeiterrats hat gegen dieses Verfahren die Entscheidung des Zentralrats in Berlin angetrieben.

Die Unabhängigen als Hüter des geheimen Wahlrechts zu den Arbeiterräten, — das kann doch noch den in Berlin gemachten Erfahrungen nur ein Biß sein!

Reichsgericht und Spartakusprozesse.

Die ersten Berliner Spartakusprozesse haben Freitag das Reichsgericht beschäftigt, und zwar die Vorfrage bei der Verlegung des Zeitungsviertels Anfang Januar. Die Revision der wegen Auftragsverweigerung Studenten Heinrich Appel und Adolf Steinwender und zweier anderen wurde vom Reichsgericht als unbeanstandet verworfen.

Wandratsüberlegungen. Die sämtlichen Genossen Ministerpräsidenten Dr. Grednauer und Kultusminister Bud werden nach Meldung der Z. U. wahrscheinlich die Mandate zur Nationalversammlung niederlegen. Die außerordentliche Fassung von Amissen macht es ihnen unmöglich, ihre Mandate auszuüben.

Keine Waffen an russische Kriegsgefangene. Wie amtlich bekanntgemacht wird, ist es vorgekommen, daß sich auf Urlaub befindliche russische Kriegsgefangene Waffen gekauft haben. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es allen Kriegsgefangenen verboten ist, in Deutschland Waffen zu kaufen. Alle betriebligen Stellen sind angewiesen worden, über die vom Urlaub zurückkehrenden Kriegsgefangenen eine genaue Kontrolle in Bezug auf das Vorhandensein von Waffen auszuüben.

Sozialistische Kohlenwirtschaft.

Von Alex. Schweitzer.

In dem Gele, daß die Uebernahme des Kohlenhandikats durch das Reich herbeiführen soll, wird wohl kein Sozialist eine fertige Sozialisierung erblicken. Selbst eine sich daraus ergebende Schöpfung eines Bergbaumonopols ist noch weit davon entfernt, eine in sozialistischem Sinne arbeitende öffentliche Einrichtung zu sein. Erst die organisierte Verteilung und Ausnutzung der Produkte zum Nutzen der Allgemeinheit kann diesen Zustand verwirklichen. Damit sei jedoch nicht gesagt, daß diese Bewirtschaftung der Bergbauprodukte erst dann einzuführen ist, wenn die Ueberführung der Produktionsmittel, in diesem Falle der Gruben, in die Hand des Reiches vollzogen ist. Vielmehr kann und soll diese Bewirtschaftung sofort eingeleitet und möglichst schnell durchgeführt werden.

Von ganz besonderer Wichtigkeit für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ist die Organisierung des Kohlenverbrauchs. Das rohstoffarme Deutschland ist heute mehr denn je um Ausfuhrgegenstände in Verlegenheit. Das Hauptprodukt des deutschen Bergbaues, die Kohle, ist trotz der augenblicklich herrschenden Kohlennot reichlich genug vorhanden, um an erster Stelle als Ausfuhrgegenstand in Frage zu kommen. Es handelt sich daher in erster Linie darum, im Sinne einer unbedingt notwendigen Reichswirtschaft den Verbrauch und die Ausnutzung der schwarzen Diamanten so zu regeln, daß erhebliche Mengen für die Ausfuhr frei werden.

Das Gebiet so zu bearbeiten, wie dies in den letzten beiden Jahren geschehen ist, wäre allerdings grundfalsch. Um den neutralen Staaten gegenüber übernommene Verpflichtungen, deren Notwendigkeit allerdings anerkannt werden muß, zu erfüllen, griff man zu äußerst schädlichen Verbrauchsbeschränkungen. Man mußte zu Notmaßnahmen greifen, da es während des Krieges sowohl an Zeit, wie auch an Arbeitskraft fehlte, wirklich zweckentsprechende und durchgreifende Reformen auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft zu schaffen. Unter dem Druck der Kriegsnöte mußte man daher unglückliche Improvisationen schaffen, obgleich man unter anderen Verhältnissen zweifellos in der Lage gewesen wäre, eine bessere und vernünftigeren Ausnutzung und Verteilung der Brennstoffe, verbunden mit erheblicher Ersparnis, zu erzielen.

Jetzt steht aber nichts mehr im Wege, sofort mit der Arbeit zu beginnen, um eine zweckmäßige Brennstoffwirtschaft aufzubauen. Jetzt fehlt es weder an den nötigen Kräften noch an Zeit. Die Rentabilität der zu ergreifenden, freilich recht weitgehenden Maßnahmen ist sowohl in der Volks- wie auch in der Einzelwirtschaft nicht in Frage zu stellen. Die notwendigen technischen Kenntnisse und Erfahrungen sind in reichstem Maße vorhanden.

Bisher wurde eine Verschwendung im Verbrauch von Kohlen getrieben, die man als ungeheuerlich bezeichnen kann. In der Industrie und auch im Hausverbrauch wurde und wird auch bis heute nur in wenigen Fällen auf eine wirklich wirtschaftliche Ausnutzung Wert gelegt. Der Verbrauch an Brennstoffen im Verhältnis zu dem bei Anwendung technisch rationaler Anlagen erzielten Heizeffekt ist ganz enorm. Besonders unwirtschaftlich ist die Ausnutzung der Kohle im Eisenbahnbetrieb. Selbst die allermodernsten Lokomotiven setzen nur rund 8 Proz. des Heizwertes der verfeuerten Kohlen in Energie um. Weinabe 10 Proz. des rollenden Materials der Eisenbahn ist nötig, um Kohlen für den eigenen Bedarf heranzuschaffen. Auf fast allen Gebieten der Industrie wird auf die möglichst einseitige Ausnutzung der Kohle und deren Nebenprodukte (Gas, Stoft, Teer, Benzol usw.) nicht in dem Maße Wert gelegt, wie dies im Interesse der Gesamtwirtschaft unbedingt der Fall sein müßte. Hierdurch gehen täglich enorme Werte verloren. Dies wäre entschuldbar, wenn man nicht wüßte, wie dem Schaden abzuhelfen sei, und doch weiß man es ganz gut. Die ganze Kohlenverwendung hat nur ihre Ursache darin, daß man jeden Menschen und jedes Unternehmen unabhängig draußwirtschaften läßt, wie es ihm paßt. Jede technische Aufsicht und jede von Vernunft diktierte geistliche Bestimmung fehlt auf diesem Gebiet. Es ist dringend notwendig, daß hier eine Aenderung sofort eingeleitet wird. Natürlich kann eine derart weitgehende Umstellung nicht in einigen Monaten erfolgen. Dazu ist die Arbeit zu umfangreich und sind die Aenderungen zu kostspielig. Eine Reihe von Jahren, angefüllt von angespannter sozialistisch organisierter Arbeit ist nötig, um die Kohlenwirtschaft lückenlos rational zu gestalten. Je länger man aber damit zögert,

das Werk zu beginnen, um so größer macht man die Verluste, unter denen die gesamte Wirtschaft Deutschlands schwer leidet.

Naturgemäß ist die Durchführung einer organisierten Kohlenwirtschaft ein außerordentlich weit verzweigtes technisch-wirtschaftliches Gebiet. Das Reich muß sich in diesem Falle die Erfahrungen unserer Ingenieure in weitestem Maße nutzbar machen. Die sich als notwendig erweisenden Gesekentwürfe können daher in diesem Falle nicht von Paragraphen schwebenden Oberregierungsräten, sondern nur von Leuten der technischen Praxis gemacht werden. Es dürfte indessen in unferem in technischer Hinsicht so außerordentlich fortgeschrittenen Lande nicht schwer sein, die geeigneten Kräfte für diesen Zweck zu finden. Es ist freilich Vorbedingung, daß diese Leute lediglich dem Interesse der Gesamtwirtschaft und nicht dem Industrielapital dienen.

In erster Linie ist darauf hinzuwirken, daß der Verbrauch an Brennstoffen nur in die Hände technisch geschulter Kräfte gelegt wird, und daß es überhaupt keine unrationellen Feuerungsanlagen mehr gibt. Dem Laien soll in Zukunft Kohle oder Koks überhaupt nicht mehr zum Verfeuern in die Hand gegeben werden. Die Gaszeugung und die damit verbundene Gewinnung der Nebenprodukte hat im Mittelpunkt der Kohlenausnutzung zu stehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man wegen der erheblich größeren Wirtschaftlichkeit des Betriebes und der besseren Qualität der erzielten Produkte von dem jetzt noch vorherrschenden Melortentypen zum Großkammerofenbetrieb übergehen muß. Auch kann die Verwendung technisch vollkommener Gaskgeneratoren mehr als bisher in den Vordergrund treten. Für die Verwendung der Gaswerksprodukte und deren allerrationalste Ausnutzung kann und muß gesorgt werden. Nicht nur als vollkommener und sparsamer Küchenbrand ist das Gas am wichtigsten. Eine große Zahl verschiedenster industrieller Feuerstätten kommt ebenso, wie auch bei der Lichtzeugung für die Verwendung des Gases vornehmlich in Frage. Der Koks ist als wichtigster und außerordentlich wirtschaftlicher Brennstoff in weitgehendstem Maße in Frage. Die Heizung von Räumen erfolge nur durch diesen Brennstoff. Eine ausschließliche Verwendung des Koks in Zentralheizungen, die man auf dem Wege der Geseßgebung als Häuserblock- oder Bezirksheizungen einführen sollte, wäre von allergrößter Wirtschaftlichkeit. Von den Nebenprodukten kann der Leerrestlos zur elektrischen Kraftverföorgung verbraucht werden. Die Dieselmotoren, die wirtschaftlich besten Kraftmaschinen, die es gibt, arbeiten mit diesem Brennstoff vorzüglich. Die übrigen zahlreichen Nebenprodukte der Gasgewinnung (Benzol, Ammoniak, Toluol, Anilin usw.) werden in derart großen Mengen benötigt, daß nie mit einer Ueberproduktion gerechnet zu werden braucht. Eine selbstverständliche Geseßesmaßnahme muß es sein, daß alle unwirtschaftlichen Kraftanlagen schnellstens zu verschwinden haben. Der Ausbau der einwandfrei arbeitenden Ueberlandzentralen und ihrer Leitungsnetze muß hiermit Hand in Hand gehen. Desgleichen haben die unrationellen Gasegeneratorenanlagen zahlreicher Güttenbetriebe technisch einwandfreien Anlagen Platz zu machen. Der Dampftrieb der Eisenbahnen, der hauptsächlich bisher aus militärischen Gründen beibehalten worden ist, muß beseitigt werden, um durch eine wirtschaftlichere Betriebsart ersetzt zu werden. Es sei hier nicht untersucht, ob die Elektrifizierung oder der Betrieb mittels Dieselmotoren-Dieselmotoren den Vorzug verdient.

Die süddeutschen Regierungen gegen den Reichsverfassungsentwurf.

Eine Uebertriebung des Einheitsgedankens.
Stuttgart, 4. April. Die am 29. März 1919 in Stuttgart versammelten Vertreter der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen haben sich mit den Beschlüssen des Verfassungsausschusses der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung über das Verhältnis des Reiches zu den Gliedstaaten befaßt.

Die Beschlüsse sind in der Notwendigkeit, eine starke Reichsgewalt zu schaffen, in keiner Weise begründet. Sie sind vielmehr geeignet, dieselbe zu untergraben, da sie die Kraft der Gliedstaaten, aus denen das Reich besteht, schwächen und freudige Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches lähmen. Aus diesen Gründen müssen die unterzeichneten Regierungen fordern, daß zum mindesten in den folgenden Punkten die Beschlüsse des Verfassungsausschusses gebessert werden:

1. Die Erweiterung der Zuständigkeiten des Reiches darf nur auf dem Wege der Verfassungsänderung erfolgen. Absatz 1 des Artikel 9 nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses in Nr. 27 der Drucksachen des achten Ausschusses ist daher zu streichen.
2. Ausdehnung der Reichsaufsicht über die Regierungsvorgänge des Artikels 14 des Entwurfs hinaus wird abgelehnt.
3. Für die Stillschließung in der unmittelbaren Reichsverwaltung muß eine verfassungsmäßige Gewähr dafür geschaffen werden, daß hinsichtlich der in den Gliedstaaten tätigen Beamten die Berufung von Landesangehörigen die Regel bilden soll und Ausnahmen der Zustimmung der Gliedstaaten bedürfen. Wegen die nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses zu erwerbende Verstärkung des preussischen Uebergezwichts im Reichsrat haben die unterzeichneten Regierungen schwere Bedenken.
4. Die Verfügung über eigene Einnahmequellen bildet die Voraussetzung für das wirtschaftliche und kulturelle Fortbestehen der Einzelstaaten. Die Einkommensteuer muß daher dem Einzelstaaten verbleiben, wobei jedoch das Recht des Reiches, Zuschläge bei den Einkommen über 100 000 M. zu erheben, vorbehalten wird. Ferner muß an allen übrigen Reichsteuern den Einzelstaaten ein angemessener Anteil gesichert werden.
5. Die unterzeichneten Regierungen halten die unzulässige Aufstellung eines Gesamtprogramms über die Offenheit der Einkünfte des künftigen Bedarfs der öffentlichen Verbände — des Reiches, der Einzelstaaten und der Kommunalverbände — die Einleitung von Verhandlungen hierüber und die Abnahme des Reiches von weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der direkten Steuern bis zum Abschluß dieser Verhandlungen für geboten. Sie schließen sich in dieser Richtung dem Schreiben des preussischen Finanzministers an den Reichsfinanzminister vom 10. März 1919 an, S. 3. 491.
6. Die Erhebung und Verwaltung der Hölle und Verbrauchssteuern muß den Einzelstaaten, die darauf Gewicht legen, belassen werden. Der Artikel 115 der Regierungsvorlage ist daher wiederherzustellen.
7. Die Aufstellung von Grundsteuern für die Zweckmäßigkeit und Erhebungsart von Landes- und Kommunalabgaben an das Reich darf nur in den Schranken zugelassen werden, daß Schädigungen der Einnahmen oder der auswärtigen Handelsbeziehungen des Reiches verhindert, sowie die innerliche Verkehrsversteuerung, steuerliche Benachteiligung der eingeführten Waren gegenüber den eigenen Erzeugnissen und Ausfuhrprämien ausgeschlossen werden.
8. Wegen den Beschlüssen des Verfassungsausschusses, wonach die Neubildung von Ländern aus einem Gliedstaat oder Abtrennung von Teilen eines Gliedstaates durch einfaches Reichsgesetz auch gegen den Willen des betreffenden Gliedstaates soll erfolgen können, muß entschieden Widerspruch erhoben werden.

Für Bayern: Hoffmann, Ministerpräsident.
Für Württemberg: Bloß, Staatspräsident.
Für Baden: Geiß, Ministerpräsident.
Für Hessen: Ulrich, Ministerpräsident.
Der süddeutsche Partikularismus ist interfraktionell, er reicht von den Konservativen bis zu den Unabhängigen. An eine Vergeopolitigung Süddeutschlands denkt auch im Norden kein Mensch, wir müssen uns damit abfinden, daß eine restlose Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens zurzeit unmöglich ist. Trotzdem bleiben wir bei der Ueberzeugung, daß jeder Partikularismus in Deutschland seit Jahrhunderten reaktionär gewirkt hat und auch weiter wirken wird, und daß der Fehler, im Jahre 1919 die deutsche Einheit nicht hergestellt zu haben, sich später rächen wird.

Die Lage im Ruhrrevier.

Wirkung des Streiks auf die Metallindustrie.

Beun auch von einzelnen Orten schon in den letzten Tagen ein geringes Abflauen des Streiks gemeldet werden konnte, so hat sich im großen ganzen das Bild durchaus noch nicht verändert. Am 3. April streikten in der Morgens- und Abendsschicht zusammen 875 300 Arbeitern, die einfahren sollten, 250 700. Am 4. April morgens waren von 263 Schachtanlagen 194 vom Streik betroffen und von 212 800 Arbeitern, die in der Morgenschicht einfahren sollten, fehlten 142 200. Trotz Abschwächung des Streiks auf einzelnen Belegschaften, ist nicht ausgeschlossen, daß die Gesamtzahl der Streikenden noch eine geringe Zunahme erfährt.

Die Lage hat sich weiter infomern kompliziert, als die Wirkungen des Streiks auf die Metallindustrie sich bemerkbar zu machen beginnen. Einzelne Werke mußten bereits wegen Mangel an Kohle, Gas oder Elektrizität stillgelegt werden. Aber auch die Streikbewegung scheint auf die Metallarbeiter überzugreifen zu wollen. So sind die Krupp'schen Werke in Essen seit heute vormittag vollständig im Generalstreik.

Andererseits mehrten sich die Meldungen von den verchiedensten Orten, die eine zunehmende Streikmüdigkeit unter den Schachtarbeitern feststellen. Es ist durchaus fraglich, ob demgegenüber die radikalen Elemente, die noch die Schachtarbeiter-Versammlungen beherrschen, ihre Führerrolle auf die Dauer behalten werden. Es ist dies um so mehr zweifelhaft, als die politischen Forderungen, die von ihnen aufgestellt waren, ja nur von einem Teil der Belegschaften vertreten werden.

Von anderer Seite wird uns geschrieben: Die Lebensmittelfrage ist neben den politischen Forderungen jetzt mehr in den Vordergrund getreten. Die Lebensmittelgewinnungen der Regierung werden als zu gering bezeichnet. Gegenüber der von der Ententevertretung bei den Lebensmittelermäßigungen in Brüssel stipulierten Bedingungen, daß keine Lebensmittel an Richtarbeitende gegeben werden sollen, wird in den Versammlungen der Belegschaften erklärt: Keine Arbeitsaufnahme ohne ausreichende Ernährung. Auf Grund dieser Parole gelang es erneut eine Reihe von Belegschaften in den Streik hineinzuziehen.

In Hamborn, Neumühl, Düsseldorf liegen alle Schächte von Deutscher Kaiser, Rhein 1, Lohberg und Neumühl still. In Duisburg arbeitet noch ein Schacht bei Bredene. In Oberhausen alles bis auf Alstaden und Roland, wo mit Sechstundenschicht gearbeitet wird. Die Belegschaft der Jochen Adler und Kupfer-Tech beschloß sich auf den Boden der Forderungen der Bergarbeiterverbände zu stellen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Necklinghausen, 5. April. Im Stadtkreis Necklinghausen streikten alle Jochen, auch in der Umgebung (Kumenthal 1 bis V, Necklinghausen 1 und König Ludwig). Ferner haben die Drucker und Schriftsetzer der hiesigen Zeitungen zwei Tage wegen Lohnforderungen gestreikt, aber nach Einigung die Arbeit heute aufgenommen. Von Seiten der Bergleute wird erklärt, daß man den Bergarbeitern eine Sechstundenschicht bewilligen müsse, wenn man allen übrigen Arbeitern und Angestellten die achtstündige Arbeitszeit zugestehet. Gestern zog ein Demonstrationzug von 500 Mann wegen Entlassungsängsten zum Bezirkskommando. Zu Unruhen ist es nicht gekommen.

Tortmund, 5. April. Die Lage ist unbedändert. Die Jochen streiken weiter. Im Städtgebiet kein Rückgang; im Sandgebiet geringes Abflauen.

Düsseldorf, 5. April. Es scheint nicht ausgeschlossen zu sein, daß gemäß dem Beschluß des Arbeiterrates von gestern in drei Tagen der Generalstreik in Düsseldorf ausbrechen wird. In der Arbeiterratsitzung wurde mitgeteilt, daß sich die Mehrheit in den Betrieben für den Generalstreik ausgesprochen hat. Es wurde darauf entgegnet, daß in vielen Betrieben überhaupt noch nicht abgestimmt worden sei. Ueber den eigentlichen Zweck des Generalstreiks wurde nichts gesagt. Bis jetzt ist in Düsseldorf alles ruhig.

Neuer Morgen.

Auf allen Bergen glüht die Morgensonne,
Die Welt will sich in Wundern neu gebären;
Ein Wort geht flammend durch die deutschen Lande,
Das reißt und hoch, — und unfre Seelen gären:
Zerschneid die Ketten; ihr sollt auferstehen,
Befreit vom Sklavensoch der tausend Jahre;
Verbrennt die Widder auf den Brandstätten
Und werft die Trümmer auf die Totenbahre!
Frei sollt ihr sein, wie nie ein Volk gewesen,
Recht Mund und Hände euch zum Bruderkunde
Und ruht den Tag, da loht euch Sieg und Kranz:
Nur einmal blüht der Welt die heilige Stunde!
Das wird ein Jahr! Das wird ein Ötern werden!
Die Sonnen schauen gnadend auf und nieder;
Im Flug und Knospeh seht'n die neuen Jünger
Und singen ihre Auferstehungslieder.

Wilhelm Lennemann.

Gerhart Hauptmann: „Der arme Heinrich“.

Deutsches Theater.

Die Neuaufführung des vor anderthalb Jahrzehnten erschienenen und damals mit Rißner und Krene Trieb in den beiden Hauptrollen auf der Brahmischen Bühne gepfeilt und beständig wiederum, daß dasselbe auf den Leier, der bei den hirschen Schönheiten verweilt, bei weitem klarer wirkt als auf den Zuschauer, welchen es nach dem Wiedereben einer dramatischen bewegten Entwidlung verlangt.

Der Dichter hat den Stoff der berühmten mittelalterlichen Dichtung des Hartmann von der Aue entnommen. Ein glängender Rittermann wird von dem Ausfuch, die furchtbaren, durch die Kreuzzüge aus dem Orient nach Europa g'hephten Kalksteine, befallen. Von entsetzlichen Qualen gefoltert, ein Ausgehöhener, habet er mit Gott. Sein Arzt vermag zu helfen, es sei denn, eine reine Jungfrau ist bereit, ihr Herzblut für ihn zu vergießen. Das großjährige mittelaltige Mädchen eines Bauern, bei dem er Aufnahme gefunden, will ihr Leben für den Kranken opfern. Hartmanns Ritter sagt nicht, die weiche Ueberwindlichkeit des Kinderbergens für sich auszunutzen. Er zieht mit ihr gen Salerno zu dem arabischen Wunderheiler. Aber im letzten Augenblick, als die Kleine macht und hilflos dolget und der Arzt zum Messer greift, erwacht sein Gewissen: Das Blut der Unschuldigen soll nicht um ihn vergossen werden. Und nun, nachdem er gottvertrauens, in sein Loß ergeben, die Hergenzähigkeit von sich abgeben, gesundet er.

Hauptmann mißversteht die abstoßenden Züge der Legende. Sein Heinrich hat nicht den barbarischen Wunden, daß ihn Otsebes Blut

von seiner Krankheit heilen könnte, noch den barbarischen Willen, daselbe anzunehmen. Ganz richtig nur auf der Gedanke in ihm auf. Aber damit ist zugleich der eigentliche Kern der Handlung zertrübt. Dieser Heinrich bedarf gar nicht der Umwandlung, die sich bei dem Gelben der Sage vollzieht. Er preit im letzten Akt des Stückes sich als entlehnt. Aber was sollte er können? Hauptmann hat uns nur sein Glied, nur die Willen, die es aus sich erzeugt, schauen lassen, nicht, was wir als erste Schuld und als Befreiung aus dieser empfinden könnten. Die ewigliche Verhärtung, die das Opfer fremden Lebens annehmen müssen ist, fehlt ihm. Der Schmerzpunkt ist vom Elbischen hinweg in eine mystische Symbiose verschoben. Nicht eigentlich Selbstüberwindung, sondern geklammerte Wunderwirkung, die von der abstrakten Liebe Otsebes ausgeht, leitet ihn in das Reich des Lebens zurück. So wendet sich von ihm das ganze Interesse der jungen Wauerndichter zu, die als selbstlose Doppelwesen durch die Dichtung geht, im Lichte merter Weisen schillert. Der naturalistische Bildologe Hauptmann spürt der Verstellung ihres Wesens bis in die letzten Fasern nach, zeigt uns ihr Tun und Handeln als ein in letzter Linie ewiglich motiviertes und bedingtes. Aber der kataphorische Ton des Schlußes, der Himmus Heinrichs auf die „Heilige“, die „Ritterin“, in den das Drama aufklingt, will damit nicht zusammen passen. Die Elemente streben auseinander.

Die schone Wäbdenprädigkeit und rätselvolle Unbewußtheit, die Verkärnung des in derborgenen Tiefen waltenden Triebes zu mystischem Caserdrone, das verachtete Wäbden Kämmerer, hinter dem blutarme Schnupst pufft — das alles kam im Spiel Sefone Thimias mit erstaunlicher Instinktsicherheit zum Ausdruck. Indes am stärksten war die Wirkung in dem stimmungsvollen Auftakte der ersten Sagen beim Wiedersehen mit dem Ritter, wo sich der Dichter, vor Aufnahme der losendären Motive, der Natur am nächsten hält. Die schwierige Rolle des sein Leib in kranken Aonen überwundenen armen Heinrich lag in den Händen des sehr bewandten Herrn Hartmann, der freilich hier bei der Gefahr der Monotonie nicht entging. Seine Stimme nahm in der breiten Aufnahme des Kammerers einen getrockneten Hummelklang an, der am Ende ermüden mußte. Von den Nebenrollen waren der Wächter und sein Weib durch Diegelmann und Eise Wagner gut vertreten, wozu die Figur des Vater Benediktus farblos blieb. Der Beifall hielt sich in gewohnten Grenzen.

Conrad Schmidt

Das Problem der Wiederauffütterung.

In einer für die Friedensverhandlungen ausgearbeiteten Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes behandelt Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Kubner unter anderem die Notwendigkeit der Wiederauffütterung der durch die Blockade abgehungerierten Bevölkerung. Nach seinen Ausführungen ist die Mädel zur früheren durchschnittlichen Ernährung das Mittel zur Hebung des allgemeinen Gesundheitszustandes. Allerdings werden mit der Verbesserung der Ernährung weder das Anwachsen der Tuberkulose noch die durch eine mehrjährige Unterernährung geschaffenen organischen Konvergenzen beseitigt. Es muß daher die Mädel geschäft. Aber eine

Auffütterung in großem Stil würde die Nation im allgemeinen im hygienischen Hinsicht wieder auf den früheren Bestand der Zeit vor dem Kriege bringen. Auf Grund eigener, noch nicht veröffentlichter Untersuchungen an stark unter der Kriegsmüde abgemagerten Personen stellt Kubner fest, daß es nicht genügt, wenn man die Kost bei der Auffütterung um so viel Nährstoffe vermehrt, als vorher verloren gegangen sind. Man muß namentlich beim Wiederkost im Einrich ganz erheblich mehr als den Verlust ausfüllen. Die Geschwindigkeit der Auffütterung, die den früheren Körperzustand natürlich nicht plötzlich, sondern nur ganz allmählich wiederherstellt, hängt von dem Prozentsatz der Kost an Eiweiß ab. Die bloße Erhöhung der vegetabilischen Koststoffe von Seite würde eine möglichst baldige Beseitigung des Körperwichts nicht herbeiführen können. Andererseits sind alle sprunghaften Veränderungen der Volksernährung zu vermeiden. Am einfachsten liegt die Auffütterung sich nach Kubners Ansicht durch die Rückkehr auf die Höhe und Qualität der normalen Nationen aus der Zeit vor dem Kriege anzuweisen. Bei dem gesunkenen Körpergewicht genügt der daraus resultierende Ueberfluß zu einer Beseitigung der Verluste.

Nach Kubners Berechnung würde die Wiederauffütterung bei Annahme eines durchschnittlichen Gewichtsverlustes von 20 Proz. über drei Jahre — genau 1097 Tage — erfordern, wenn sie durch Vermehrung von Brotgetreide und ähnliden ähnelichen Gemischen erreicht werden soll, dagegen nur rund 294 Tage bei der Rückkehr zu den früheren nationalen Konsumwerten an tierischen und pflanzlichen Nahrungsmitteln. Eine weitere Kürzung der Auffütterungszeit wäre nur bei einer weiteren Vermehrung des Eiweißes in der Kost, wie sie für den Nahrungsauf eines Volkes nicht möglich ist, denkbar. Die Kosten des Wiederaufbaues, den die Auffütterung gegenüber der einfachen Ernährung darstellt, berechnet Geheimrat Kubner auf 8868 Millionen Mark. Er nimmt dabei an, daß fünfzig Millionen Menschen in Deutschland der Auffütterung bedürfen.

Notizen.

— Das Sommersemester der Berliner Univerfität. Das Vorlesungsverzeichnis, das jetzt mit rechtlicher Vorprüfung erscheint, ist gegen die letzten Kriegsjahre recht ergo-schlossen, fast 1100 Vorlesungen werden angehtündigt.

— Russ. In Wendelsohn Oratorium Elias, das vom Oratorienverein (Dirigent Johannes Steinhilber) am 6. April in der Garnisonkirche an der Neuen Friedrichstraße aufgeführt wird, wirken als Solisten mit: Malkebe Palantini, Gausa Weber, Paul Bauer, Cornelis Bronsduff. Die Eintrittspreise betragen: 2, 3 und 4 M. Beginn abends 7 Uhr.

— Ein Bildnis Viktor Adlers beöffenlicht ist der Verlag für Internationales Recht, Wien, Bergingasse Nr. 1; eine Wiener Künstlerin, dem die Arbeiterklasse mittheilte, dankt von Marx und Lassalle dankt. Unser Wiener Bruderkblatt nennt das Bild beöuenend als graphisches Dokument hervorragenden Menschentums.

Vollversammlung der A.- und S.-Räte Groß-Berlins.

Die heute in den Kommerzialen abgehaltene Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte sowie der kommunalen Arbeiterräte der Groß-Berliner Gemeinden war stark besucht.

Die Forderungen der kommunalen Arbeiterräte bildeten den Gegenstand der Verhandlungen. Die kommunalen Arbeiterräte haben in ihrer Versammlung beschlossen, daß ihr Weiterbestehen durch die Gesetzgebung gewährleistet werde, wie es für die übrigen Arbeiterräte bereits in Aussicht steht. Der Vollzugsrat hat dazu Stellung genommen und beschlossen, die Entscheidung über die Forderung der kommunalen Arbeiterräte der Vollversammlung zu überlassen. Auch über den Antrag der kommunalen Arbeiterräte, ihnen eine Vertretung im Vollzugsrat einzuräumen, soll hier entschieden werden.

Dahle (S. P. D.) begründete den Antrag der kommunalen Arbeiterräte. Die Vertriebsarbeiterräte könnten ihre Wirksamkeit — sagte der Redner — nur auf einen Teil des Volksebens ausüben. Ein anderer müsse von den kommunalen Arbeiterräten bearbeitet werden. Es sei falsch, die kommunalen Arbeiterräte als politische Institutionen hinzustellen. In der heutigen Zeit könnten politische und wirtschaftliche Tätigkeit gar nicht getrennt werden. Man habe gegen die Vertretung der kommunalen Arbeiterräte den Einwand erhoben, daß sie überflüssig geworden seien nach den letzten Gemeindevahlen, die auf demokratischer Grundlage vollzogen seien und an vielen Orten der Sozialdemokratie die ausschlaggebende Stellung in den Gemeindeverwaltungen erhalten habe. Der Einwand sei hinfällig, denn die Sozialdemokraten haben stets betont, daß auch sie sich der Kontrolle zu unterwerfen haben. Die Zusammenfassung der Parlamente in Deutschland gewähre nicht, was wir erreichen: die sozialistische Republik. Nicht einmal die reine Demokratie werde durch die Parlamente, wie sie jetzt zusammengesetzt sind, gewährleistet. (Zustimmung.) Der Redner führte weiter aus, daß nur in einem demokratischen, nie aber im kapitalistischen Staat der Sozialismus durchgeführt werden könne. Die Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte sei nach wie vor notwendig, ihre Existenz müsse deshalb gesetzlich verankert werden.

Dölling (S. P. D.) Vertreter der Arbeitergemeinschaft der Arbeiterräte beim Reichstag Berlin) behauptete die Verhandlungen, die wegen der Bekämpfung dieser Arbeitergemeinschaft mit dem Vollzugsrat geführt wurden. Er führte aus, die Darstellungen, die der Vollzugsrat in dieser Angelegenheit der Presse übermittelt habe, seien in manchen Punkten unrichtig. Der Vollzugsrat habe sich durch Einsprüche von anderer Seite von seinem Standpunkt zurückziehen lassen, der anfangs der Arbeitergemeinschaft günstiger gewesen sei. Am 3. April sei eine Vereinbarung im Vollzugsrat zu Stande gekommen, danach habe die Arbeitergemeinschaft alle hinfälligen Betriebe und Verwaltungen im Interesse der Angestellten und der gesamten Bevölkerung zu kontrollieren. Das solle insbesondere im Einvernehmen mit dem Vollzugsrat, als eine anderweitige Regelung des Rätesystems getroffen sei. — Nach dieser Vereinbarung habe die Arbeitergemeinschaft nicht nur die Aufgaben der Betriebsräte, sondern auch die Tätigkeit eines kommunalen Arbeiterrats für die Stadt Berlin auszuüben. — Der Redner stellte folgenden Antrag:

„Die Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte einschließlich der kommunalen Arbeiterräte am 5. April 1919 ist von der Notwendigkeit der Beibehaltung der kommunalen Arbeiterräte überzeugt. Sie stellt auf dem Standpunkt, daß auch sozialistische Gemeindeverwaltungen zu kontrollieren sind, und zwar durch die berufenen Vertreter der arbeitenden Bevölkerung, als welche die Arbeiterräte zu gelten haben. Nur den Aufnahmestütz und die Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte ist die Aufstellung klarer Richtlinien im Einvernehmen mit allen Beteiligten von Reich wegen notwendig. Die kommunalen Arbeiterräte sollen nur solche Kopf- und Handarbeiter gewählt werden, die über genügende Sachkenntnis und ein hohes Verantwortungsbewußtsein verfügen.“

Däumig trat für die Beibehaltung der kommunalen Arbeiterräte ein. Sie seien eine Vorstufe der Arbeiter für die ausgebildete Selbstverwaltung. Der in den Verwaltungen noch herrschende alte bürokratische Geist könne nicht von oben weggeblasen werden, sondern dazu bedürfe es eines Drucks von unten, der auszuüben sei durch die kommunalen Arbeiterräte.

Franz (S. P. D.): Die politischen Verhältnisse liegen heute sehr im argen. Die für die Gemeinden jetzt geltenden demokratischen Grundgesetze sind nicht überall durchgeführt worden. Die Regierung hat solche Männer entfernt, die sich dem Geist der neuen Zeit entgegenstellten. Wir wissen, daß auf dem Lande die Macht der Junker und der Burggutsleute noch nicht gebrochen ist. Auch in den Bureaus sind in Berlin noch der alt-Autokratismus weitverbreitet. Die demokratischen Gesetze und Verordnungen werden nicht überall durchgeführt. Unter diesen Umständen ist es zu wünschen, wenn unsere Genossen auf dem Lande verlangen, daß eine Kontrollinstanz für die rückständigen Gemeindeverwaltungen geschaffen wird. Das kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen. Wir erwarten, daß es bald geschieht. Wir stehen auf dem Boden der reinen Demokratie. Sie (auf der linken Seite) wollen die Herrschaft einer Klasse, ja nur eines Teils einer Klasse. (Anruhe.) Das bedeutet Unterdrückung gegenüber der Mehrheit des Volkes. Wir befinden uns in Vereinbarung mit den Grundgesetzen, die wir immer vertreten haben. (Anruhe und Widerspruch.) Wenn Sie (links) auf dem Standpunkt stehen, alle Macht den Räten, auch in den Gemeinden, so ist das ein Widerspruch zur Demokratie. Wir sind stets dafür gewesen, daß den Räten wirtschaftliche Aufgaben zuzufallen. Daß wir gegen die politische Betätigung der Räte sind, haben wir nie verhehlt. In der wirtschaftlichen Vertretung ihrer Interessen soll der Arbeiterräte der weitestgehende Einfluß eingeräumt werden, wie es in dem bekannten Antrag Kautskis ausgedrückt ist. Durch Demokratie wollen wir zum Sozialismus kommen, nicht durch Räteherrschaft. (Große Anruhe.) Daß die Arbeiterräte der hinfälligen Betriebe die wirtschaftlichen Interessen ihrer Kollegen im Betriebe vertreten, ist selbstverständlich, aber wozu würden wir denn kommen, wenn Angehörige der Gemeinde Berlin die Gemeindeverwaltung kontrollieren wollen. (Lärm.) Das würde ein unhaltbarer Zustand werden. (Lebhafter Widerspruch.) Nur durch unablässige Arbeit aller auf breiter demokratischer Grundlage können wir zum Sozialismus kommen. (Beifall.)

Überdrückt werden, wenn an die Parteien die Forderung positiver Arbeit herantritt. Die wirtschaftlichen Angelegenheiten seien für alle gleich, weil allen die Not in gleicher Weise auf den Rücken brennt. Der Kongreß wolle betonen, daß die Arbeitslosen nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt in der Regelung der Arbeitslosenfrage sein müssen.

Von Behörden sind vertreten das Reichswirtschaftsamt, das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung und die bayrische Regierung.

Bei der Bureauwahl wird gegen den zum ersten Vorsitzenden des Kongresses vorgeschlagenen Max Müller, München, den zweiten Vorsitzenden des Reichs-Erwerbslosen-Ausschusses, Einspruch erhoben, weil ein Telegramm aus München unter Hinweis auf die dortigen örtlichen Verhältnisse in der Arbeitslosenorganisation die aus München erscheinenden Kongreßdelegierten als nicht offiziell bezeichnet. Gewählt werden dann zum ersten Vorsitzenden Schmidt-Berlin, zum zweiten Vorsitzenden Rippmann-Hamburg.

Vom Reichsminister Roeth ist ein Schreiben eingegangen, das die Vereinnahmung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung und des Reichsarbeitsministeriums ausdrückt, den Anregungen und Wünschen der Erwerbslosen näherzutreten. Eine Erwerbslosenorganisation für das ganze Reich sei nicht angebracht, weil die herrschende Erwerbslosigkeit nur ein vorübergehender Zustand sei (Widerspruch) und weil die Interessen der Erwerbslosen durch die Berufsvereinigungen gewahrt werden.

Über die allgemeine Lage der Erwerbslosen referierte Herfurth-Berlin. Die Vorbereitungen für die Demobilisierung seien nicht darauf eingeleitet worden, daß die Millionenheere plötzlich und innerhalb weniger Wochen in die Heimat zurückströmen würden. Nicht im entferntesten hätten die Behörden es verstanden, für die Millionen von Arbeitslosen das zu leisten, was nötig war. Daß tatsächlich Millionen von Arbeitslosen vorhanden seien, müsse trotz der amtlichen Statistik behauptet werden. Mindestens die Hälfte der Heeresentlassenen dürfe noch erwerbslos sein, aber vielen widerspreche es, die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen. Wenn Roeth die Erwerbslosigkeit für eine vorübergehende Erscheinung halte, so habe er keine Ahnung und gehehe nicht auf seinen Vollen. (Zustimmung.) Seit langem werde darauf gewartet, daß man die Arbeitslosigkeit in der Wurzel fass. Nicht mit Worten, sondern nur mit Taten könne man helfen. Wenn wir, rief Herfurth, und nicht selbst helfen, hilft uns keiner. Nicht nur das Minimum an Existenz, sondern die aus dem wirklichen Existenz muß uns die Arbeitslosenfürsorge gewähren. Wie konnte man annehmen, daß das deutsche Proletariat sich die Herabdrückung der Unterdrückung gefallen lassen würde? Verläßt man sich auf die Rascheneingeweihten? Gütet Euch, auf diesen Boden zu treten! ruft er der Regierung zu. Der Referent erklärte die wiederholt eingeschnittenen Unterdrückungsbüchse und kam zu dem Schluß, daß die jetzigen Bedingungen seien.

Bei Schluß des Berichts bewirte das Refektat frei.

Groß-Berlin

Fort mit den Geistlichen aus der Schulverwaltung.

In einer lebhafte Aussprache über dieses Thema kam es in der Stadtverordnetenversammlung zu Wilmersdorf bei Gelegenheit der Zusammenkunft der Schuldeputation. Die alte Städteordnung, die momentan noch in Kraft ist, schreibt vor, daß der hinfälligen Schuldeputation auch Geistliche angehören müssen. Von sozialdemokratischen Rednern wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese alte Städteordnung bald durch eine neue ersetzt werde, man könne also mit Ruhe die Wechselseitigkeit wagen und bei endgültiger Zusammenfassung der Schuldeputation auf die Beteiligung von Geistlichen verzichten. Es wäre doch ein Dohn auf die Revolution — führte Lehrer Simson (Sop.) aus —, wenn sich auch heute noch der Lehrer die Aufsicht durch den Geistlichen gefallen lassen müßte. — Annahme fand ein Antrag aller Parteien, die Staatsregierung zu ersuchen, bei Sozialisierung des Kulturbudgets für die Hausbrandlöcher, und zwar speziell Koks und Briketts, einen solchen Preis festzusetzen, der für die Bürger erträglich ist.

„Wenn Haberland nicht will.“

Auf die Aufschrift unter obiger Überschrift in Nr. 173 werden wir von Herrn Kommerzienrat Haberland um Aufnahme nachsehender Richtigkeit gebittet.

Ich bestreue persönlich weder in Wilmersdorf noch an anderer Stelle irgend welches Gelände. Ich bin Vorstandsmitglied der Terracinggesellschaft Berlin-Südwesten. Diese Gesellschaft hat nicht das mindeste materielle Interesse daran, ob in Dahlen billige Kleinhäuser mit Garten entstehen oder nicht. Das Gelände des sogenannten Garten-Terrassen-Begriffs, welches an Dahlen grenzt, kommt für die Errichtung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung nicht in Frage, da die Untergrundbahn mit ihren hohen Tarifen die Mieter solcher Wohnungen zu sehr belasten würde. Soweit ich als Mitglied des Wohnungsvorstandes an dem Zustandekommen des Abkommens auf Überlassung von 120 Hektar Siedlungsland seitens des Reichs zur Errichtung von Kleinhäusern für die minderbemittelte Bevölkerung mitwirken konnte, habe ich dies nach besten Kräften getan. Die Gelände sind in besserer Verfassung ausgehoben, sie liegen unmittelbar an den Bahnhöfen der Ring- und Vorortbahn. Die Verbindung zur Arbeitsstätte ist eine bequeme und billige. Bei dieser Auswahl ist allen berechtigten Bedürfnissen der allgemeinen Bevölkerung Groß-Berlins Rechnung getragen. Der Reichsrat hat bei der Bemessung des Preises ein kostenswerteres, Übergang von allen Parteien anerkanntes Entgegenkommen gezeigt.

Auf die gegen mich persönlich gerichteten Angriffe eingegangen, glaube ich vergelten zu können, da sie noch meiner Ueberzeugung über sachlichen Unterlage entbehren. Ich misbillige jedweden Wohnungswucher und habe mich dahin gewirkt, die berechtigten Interessen von Mieter und Vermieter in sachgemäßer Weise auszugleichen. Daß die hinfällige Steigerung der Mieten der Häuser nicht ohne Einfluß auf die Mieten sein kann, ist eine natürliche Folge, die man bedauern mag, aber nicht ändern kann.

Wir müssen es unserem Gewährrmann überlassen, auf diese Richtigkeitstellung zu antworten.

Bürgermeister Dr. Maier zum Oberpräsidenten ernannt.

Die Nachricht, daß der Charlottenburger zweite Bürgermeister Dr. Maier als Nachfolger des Oberpräsidenten von Posen zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin in Charlottenburg vom Staatsministerium ernannt worden ist, wird uns bestätigt. Der neue Oberpräsident tritt sein Amt am 1. Mai an. Dr. Maier ist im Alter von 43 Jahren, er wurde 1871 in Tremschen, geboren, war nach Abschluß seiner juristischen Studien an den Amtsgerichten Charlottenburg und Posen tätig und wurde 1890 zum zweiten Bürgermeister in Kemscheid gewählt. Von dort kam er 1903 nach Charlottenburg als Stadtrat und Stadtschreiber und wurde 1912 als Nachfolger des nach Breslau berufenen Bürgermeisters Rattling zum zweiten Bürgermeister fast einstimmig gewählt.

Das amerikanische Weizenmehl für Groß-Berlin.

Die ersten Proben und Sendungen des über Hamburg gelandenen amerikanischen Weizenmehls sind gestern in Berlin eingetroffen. Wie einer unserer Mitarbeiter sich selbst überzeugen konnte, handelt es sich um reines, weißes Weizenmehl, wie es in dieser Güte und Reinheit in den letzten Kriegsjahren für die „versorgungsberechtigten“ Großstädter zu einer unbelannten Größe geworden war. Wenn keine unerwarteten Zwischenfälle eintreten, kann das Mehl, das auf dem Wasserwege nach Berlin unterwegs ist, noch vor Ostern verteilt werden. Ueber die Verteilung des Mehls wird der Lebensmittelverband Groß-Berlin in seiner nächsten Sitzung am Montag beschließen.

Der Fleischer hat in Berlin sofort nach Wiedereröffnung des freien Handels sich so flott entwickelt, daß selbst die Schleichhandelpreise noch übertroffen werden. Man meldet uns, daß Preise bis 1,50 M. pro Stück, ja bis 1,75 M. pro Stück vorkommen und mit der Zeit erlaubten Offenheit gehandelt werden. Von sachverständiger Seite wird uns gesagt, diese Zustände seien daraus zu erklären, daß zunächst mit der Eisenbahn keine nennenswerten Sendungen an die hiesigen Großstädter gelangt seien. Was jetzt hier auf den Markt kommt, sei größtenteils aus der nächsten oder ferneren Umgegend Berlins durch Geschna herbeigeführt worden. Beim Eintreffen größerer Sendungen, die man bald erwarten dürfte, werde der Preis sich beträchtlich senken. Die Bevölkerung solle so unerbittliche Preise, wie die jetzt geforderten, einfach ablehnen. Gerade der Handel habe ein Interesse daran, dem Fleischer entgegenzutreten. So, das wird sehr nötig sein! Andernfalls sollte man schämevoll Höchstpreise festsetzen.

60 Pf. Stundenlohn soll der kaufmännische Hilfsverein zu Berlin e. V. stellungslosen Handlungsgäbigen, die von ihm mit Schreibarbeiten beschäftigt werden. Diesen jähmühsamen Lohn hat ein Angestellter des Vereins sogar während der ganzen Dauer des Krieges erhalten — und mehrwöchentlichweise ist er dabei nicht verhungert! Was sagt zu solcher Entlohnung des Hilfsleistungsorganes des Vereins? Darin sehen ein Mitglied der Handelskammer, ein Handelsrichter, ein Kommerzienrat, ein Direktor der Deutschen Wollen- und Wollwollfabriken usw.

Der Botanische Garten in Dahlen ist während des Sommers jeden Sonntag von 2 bis 7 Uhr dem allgemeinen Besuch geöffnet. Die Gewächshäuser werden 1/2 Uhr geschlossen.

Im Zoologischen Garten ist wieder 117er Sonntag mit einheitlichem Eintrittspreis von 50 Pf. während des ganzen Tages und auch für die bis 8 Uhr abends geöffnete Aquarium; Kinder unter 10 Jahren und Soldaten zahlen die Hälfte. Von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends großes Müllabfuhr der Kapelle des 1. Garde-Regiment.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Trepton. 150 Gramm Weizenmehl auf Abschnitt 116 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 1 Paket Reis auf Abschnitt 31 der Lebensmittelkarte, 100 Gramm Zucker auf Abschnitt 60 der Lebensmittelkarte des Reichs, 100 Gramm Süßholz auf Abschnitt 23 für April. In den Geschäften findet eine Voranmeldung von 1 Kilo Gemüselieferanten auf Abschnitt 112 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte statt.

Pantom. Vom Montag ab auf Abschnitt 1 der allgemeinen Lebensmittelkarte 100 Gramm Gruppen (S. P.). Die Ware muß innerhalb einer Woche abgeholt werden.

Wiederholungsarbeiten. Auf Abschnitt 30 (für Kinder bis zu 3 Jahren) 1/2 Pfund Haisfäden, Abschnitt 5 (Brotgetreide) 1 Pfund Feinmehl, Abschnitt 111 und 12 zusammen 200 Gramm Teigwaren. Auf Abschnitt 112 sollen Gemüselieferanten angegeben werden, der Abschnitt ist anzufordern.

Reichsreise. Ein Kuponverleih von Ostpreußen auf Abschnitt 12 der Lebensmittelkarte erfolgt von heute ab in den Geschäften von Bloch, Kohlmann Str., Dönhofs, Bismarckstr., Heider, Dönhofsbaum, Heide, Steglitzer Str. und Heide, Trautstr. Auf den Teilabschnitt der Lebensmittelkarte werden je 30 Gramm Erdbeeren oder Johannis (S. P.) verabreicht.

Spandan. Von heute ab: 1/2 Pf. frische Hühner oder 1/2 Pf. Rindfleisch oder 1/2 Pf. Schmalz (S. P.) auf Abschnitt 4. Diejenigen Einwohner, welche bisher auf Feld 220 keine Quoten erhalten konnten, können solche heute nachmittag von 3-5 Uhr in der Reichsreise beziehen. Der Feld werden von Zeit zu Zeit weitere Mengen Zitronen und Äpfeln überlassen. Diese werden auf Feld 228 der Lebensmittelkarte abgegeben und zwar entweder 1 Kilo Zitronen oder 1 Kilo Äpfel, je nach Bedarf. Die Reichsreise soll solange Gültigkeit, bis sämtliche Bezugsberechtigten nach und nach bedient worden sind. — Im hinfälligen Schuppen gegenüber dem Rathaus, werden die verbleibenden Rohwaren zum Preis von 8 M. pro Zentner sowohl an Händler als auch an Verbraucher direkt abgegeben. Gleichzeitig werden Rohwaren zum Preis von 8 M. pro Zentner verabreicht. Kaufberechtigungskarte Nummer 498.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Groß-Berliner Gemeindevertreter aus Scherkefellen 1 Sonntag vormittag um 10 Uhr im Kulturvereinshaus, Niedergesäß, Zimmer 4; Schuldeputation und Kuratorium, Genosse Opatowicz am Sonntag.

Grünwald. Am 11. d. Mts., 1/2 Uhr, im Restaurant „Waldpark“, Gubertstr. 2/3, Mitgliederversammlung.

Verantwortlich für Politik: Max Müller, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Müller, Berlin; für Anzeigen: Robert Müller, Berlin. Verlagsanstalt: Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 2.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse eröffnete in fester Haltung. Insbesondere wurden wieder Auslandsaktien gefragt, auch Kolonialwerte waren höher. Von Schiffsahrtswerten waren Deutsch-Australier und Lloyd etwas abgebrochen. Romanerwerte waren allgemein fest, insbesondere Rohwolle und Rhein-Stahl, die 4 Proz. gewinnen konnten, später auch Rattowitzer, die 5 Proz. höher notierten. Chemische Werte verzeichneten nur geringen Gewinn. Große Zellulose waren 2 1/2 Proz. niedriger, dagegen waren A.S.O. um 2 Proz. und Schachtel um etwa 1 Proz. aufgebessert. Im weiteren Verlauf machte sich eine Verstimung geltend. Ein Teil der Ausrüstungsarbeiten, insbesondere am Markt der Schiffahrt, und chemischen Werte gingen wieder verloren. Von Rüstungsmaterialen waren Gehr. Wähler 3/4, Dirsch-Kupfer 2 1/2 Proz. niedriger, Krugondeln mit 84 Proz. wenig verändert.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitsgenossenschaften für Erdarbeiter.

In heutiger Zeit genügt es weniger als je, immer nur die Befreiung der Arbeitsträfte vom Joch kapitalistischer Ausbeutung zu verlangen. Es muß dafür auch etwas getan werden. Die Arbeiter selbst müssen Hand an Werk legen. Zusammenstoß zu zweckentsprechender gemeinsamer Verwendung der Arbeitskraft des Einzelnen ist nötig. Dann kann der Unternehmer entbehrlich werden und die Arbeiter wären in der Lage, ohne Mittelspersonen die Ausführung der Arbeiten zu übernehmen, für die sie in Frage kommen. Hier wäre dann der Beweis zu erbringen, daß sozialistische Ideen in die Tat umgesetzt werden können.

Arbeiter, zunächst Erdarbeiter, die sich für die Errichtung einer Arbeitsgenossenschaft interessieren, werden ersucht, ihre Adresse einzuschicken an: Die Zentralfstelle der A.- und S.-Räte in der Provinz Brandenburg, Charlottenburg, Wilmersdorf 5 (Reichsmilitärgericht), oder an den Arbeitslosenrat Groß-Berlin, Klosterstr. 92. Sobald als möglich soll dann eine Zusammenkunft einberufen werden, in welcher alles weitere zu besprechen sein wird.

geg. Georg Schmidt, Deutscher Landarbeiterverband.

geg. B. Niebels, Zentralfstelle der A.- u. S.-Räte in der Provinz Brandenburg.

Not der Arbeitslosen Groß-Berlin.

geg. A. Wurm, D. Wälder, A. Goldt.

geg. B. Kunze, Schierling, B. Vetter.

Einigungsverhandlungen im Angestellten-Streit.

Die Beratungen des Schlichtungsausschusses wurden auch am heutigen Vormittag hindurch fortgesetzt. Die noch zu überwindenden Schwierigkeiten liegen hauptsächlich in der Frage des von den Angestellten geforderten Widerspruchsrechtes der Angestelltenausschüsse. Mittags hielt der Verband der Berliner Metallindustriellen eine Generalversammlung ab, in der Bericht über den gegenwärtigen Stand des Streits erstattet wurde. Bis 1 Uhr mittags war zwar eine Grundlage für eine Einigung noch nicht gefunden, doch besteht auf beiden Seiten das ernste Bemühen, eine Verständigung möglichst schnell zu erzielen. Ob dies im Laufe des heutigen Tages möglich sein wird, läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen.

Reichserwerbslosen-Kongreß.

Der Reichs-Erwerbslosenkongreß, den der vor kurzem provisorisch zusammengetretene Reichs-Erwerbslosenausschuß einberufen hat, wurde heute in Berlin eröffnet. Anwesend sind etwa 80 Delegierte, ein Drittel davon aus Groß-Berlin, zwei Drittel aus einer Reihe anderer Großstädte des ganzen Reichs, darunter aus Hamburg, Altona, Lübeck, Stettin, Magdeburg, Braunschweig, Hannover, Elberfeld, Frankfurt, Leipzig, Dresden, Chemnitz, München, Nürnberg usw.

Im Auftrage des Ausschusses begrüßte Herfurth-Berlin die Erschienenen. Die Erwerbslosenfrage werde aus Jahre hinaus die häßliche und die gemeinwirtschaftliche Fährfrage auf lebhafteste beschäftigen. Demwegen sei es nötig, diese Frage einheitlich über das ganze Reich zu regeln. Der Kongreß wolle sachlich und ruhig ohne Herbeiführung parteipolitischer Gegensätze verhandeln. In der Arbeitslosenfrage spiele die Parteigegensätzlichkeit keine Rolle. Nur soweit die Frage auf das Politische übergreift, könnten die politischen Gegensätze mitsprechen. In den letzten Wochen habe sich gezeigt, daß diese Gegensätze völlig

